



Änderungsanträge / Supplement

**zum
Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Wiesloch**

29. September 2012

Inhaltsverzeichnis

Änderungsantrag zum Antrag W1.....	4
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	4
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	5
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	5
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	5
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	6
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	6
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	6
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	6
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	8
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	8
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	9
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	9
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	10
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	10
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	10
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	11
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	11
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	12
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	13
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	13
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	14
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	14
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	15
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	15
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	15
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	16
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	17
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	17
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	18
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	19
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	19
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	20
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	20

Änderungsantrag zum Antrag W1.....	21
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	22
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	22
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	22
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	23
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	23
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	23
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	24
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	24
Änderungsantrag zum Antrag W1.....	28
Änderungsantrag zum Antrag AS7	28
Änderungsantrag zum Antrag EUV1	29
Änderungsantrag zum Antrag EUV1	29
Änderungsantrag zum Antrag IR1	30
Änderungsantrag zum Antrag IR15	30
Änderungsantrag zum Antrag IR16	30
Änderungsantrag zum Antrag IR24	31
Änderungsantrag zum Antrag I1	32
Änderungsantrag zum Antrag I1	32
Initiativantrag: Stärkung der Bildung auf solider Grundlage	33
Änderungsantrag zum Antrag K1	34
Abschaffung des endgültigen Nicht-Bestehens von Abschlusspr.....	36
Änderungsantrag zum Antrag LR1	36
Änderungsantrag zum Antrag WFK2.....	37
Änderungsantrag zum Antrag Ä1	39
Änderungsantrag zum Antrag PO2.....	40
Änderungsantrag zum Antrag PO11	41

Antragsbereich Ä/ Antrag 2

Kennnummer 910

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ersetze Seite 5, Zeile 51 und 52:

5 Europa braucht eine Politik, die Wettbewerbsfähigkeit mit
guter Arbeit, sozialem Fortschritt und ökologischer
Modernisierung gleichberechtigt nebeneinander stellt und
miteinander in Einklang bringt. Nach unserer Vorstellung
soll Europa der globale Vorreiter für ein nachhaltiges
10 Wohlstandsmodell werden, das die soziale Spaltung der
Gesellschaften abwendet und aus besseren
Teilhabechancen für mehr Menschen auch mehr
ökonomische Stabilität gewinnt. Wir stellen uns einer
sinnentleerten Ideologie des Kaputtsparens entgegen. Sie
gefährdet die Zukunft Europas.

15

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 3

Kennnummer 911

Ortsverein Wuhl

(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ersetzen Zeile 57-59 „Der Staat... bis ...Rahmen.“ durch:

5 „Im Gegenteil, der Staat schafft dem ordnungspolitischen
Rahmen – auch für die Wirtschaft.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

10

Antragsbereich Ä/ Antrag 4

*Kennnummer 912
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Einfügen Zeile 63 nach „der Menschen.“:

5 „Kürzungen im Etat des Kultus- und Sozialministerium
werden wir aus diesem Grund nicht akzeptieren. „

Begründung:

10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 5

*Kennnummer 913
Kreisverband Rhein-Neckar*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Füge ein nach S. 5, Z. 78:

5 Das heißt auch: Wachstum ist nicht per se gut. Es kommt
darauf an, was wächst. Das Wachstum, das wir anstreben,
kann nur ein qualitatives Wachstum sein, das mit dem
Prinzip der Nachhaltigkeit vereinbar und tatsächlich
wohlfahrtssteigernd ist.

Antragsbereich Ä/ Antrag 6

*Kennnummer 914
Kreisverband Rhein-Neckar*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Füge ein nach S. 6, Z. 114:

5 Wir wollen die Teilhabe aller am Haben, auch am Sagen.
Die Mitbestimmung in den Betrieben ist Grundlage für
wirtschaftlichen Erfolg. Wir wollen sie sichern und

ausbauen. „Mehr Demokratie“ ist unser Programm für die gesamte Gesellschaft – Politik, Bildungssystem und Hochschulen und eben auch die Wirtschaft.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 7***

*Kennnummer 915
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Einfügen Zeile 121 nach „nachzugehen.“:

„Wir wollen einen inklusiven statt exklusiven Arbeitsmarkt.“

5

Begründung:

Erfolgt mündlich

10

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 8***

*Kennnummer 916
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Streiche Zeile 136-142 von „Das... bis unser Wohlstand.“

Begründung:

5

Erfolgt mündlich

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 9***

*Kennnummer 917
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ersetze Zeile 150-160 „Mehr... bis Beine kommen.“ durch:

5 „Diese starke Exportorientierung Baden-Württembergs ist jedoch nicht nur eine Ursache unseres wirtschaftlichen Erfolgs, sondern gleichzeitig auch eine zentrale Ursache sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen innerhalb der Europäischen Union. Mit der Einführung des Euro verstärkten sich die Leistungsbilanzunterschiede zwischen
10 den ökonomischen Machtzentren und den ökonomischen „Rändern“ der EU im Süden noch einmal massiv. Während beispielsweise Deutschland im Zuge sinkender Lohnstückkosten seit einem guten Jahrzehnt immense Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnet, steigen die
15 Leistungsbilanzdefizite anderer Länder, die mit Einführung der Gemeinschaftswährung nicht mehr durch Auf- oder Abwertungen ihrer nationalen Währungen auf die Ungleichgewichte in der Lohnstückkostentwicklung reagieren können. Dies führt zu nachhaltigen Spannungen
20 zwischen den wirtschaftlichen Machtzentren und den wirtschaftlich abgehängten Regionen der Union und zu einer Gefährdung des Europäischen Projekts.

25 Wir SozialdemokratInnen lehnen dieses System des innereuropäischen Staatenwettbewerbs ab und setzen das Solidarprinzip und die Gewährleistung wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit Aller entgegen! Helmut Schmidt hat Recht, wenn er sagt: „Alle unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die Defizite der anderen. Die Forderungen, die
30 wir an andere haben, sind deren Schulden. Es handelt sich um eine ärgerliche Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal erhobenen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.“

Gerade im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise setzen wir SozialdemokratInnen und deshalb für eine weitere, vertiefte europäische Integration im Bereich der Wirtschafts- und Fiskalpolitik ein und zeigen uns solidarisch mit den von den Krisen gebeutelten Ländern, an deren Situation wir einen nicht unerheblichen Anteil haben.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 10

Änderungsantrag zum Antrag W1

Füge neuen Absatz ein auf Seite 7 in Zeile 161:

- 5 Gerade Baden-Württemberg als exportstarkes Land muss ein Interesse daran haben, dass die Binnennachfrage gestärkt wird, damit die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von einem Pfad abhängig ist. Dazu gehören eine produktivitätsgerechte Lohnentwicklung, die Stärkung von Investitionen in Sachkapital und Infrastruktur sowie der
- 10 Ausbau sozialer Dienstleistungen für Pflege, Bildung und Kinderbetreuung.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 11

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 167– einfügen:

- 5 ...und demokratisches Europa. Zunächst müssen die Eigentümer und Vorstände der Finanzinstitute, Banken, etc., im Rahmen ihrer unternehmerischen Verantwortung, an den wirtschaftlichen Folgen ihres Handelns beteiligt werden. *Eine Finanztransaktionsteuer...*

Begründung:

- 15 Die Verantwortung der Vorstände und die Risikobereitschaft der Eigentümer von Unternehmen wird bei Gewinnsituationen gerne angeführt. Bei Problemen, betriebswirtschaftlich oft Verluste genannt, wird gern die Allgemeinheit in die Verantwortung genommen. Wenn die Eigentümer (auch Aktionäre) von Unternehmen, wie z.B. Banken, etc., Gewinne machen dürfen, dann müssen diese Eigentümer auch bei negativen Folgen ihres Handelns einstehen und Verantwortung übernehmen. Dies darf dann nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 12

Kennnummer 920

Ortsverein Wyhl

(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag W1

Streiche die ganze Zeile 180

Begründung:

5

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 13

Kennnummer 921

Kreisverband Mannheim

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 192– Streichen und ersetzen:

5 Streichen: ~~Statt eines bürokratischen Exekutivföderalismus brauchen wir mehr Demokratie in Europa.~~ Ersetzen durch:
Wir brauchen mehr Demokratie in Europa

Begründung:

10 Die zu streichende Formulierung suggeriert, dass Europa heute lediglich in Händen einer bürokratischen Executive liegt und lässt den mit dem Vertrag von Lissabon erreichten Stand der Demokratisierung der EU, insbesondere die durch erhebliche Ausweitung des
15 Mitentscheidungsverfahrens deutlich aufgewertete Stellung des europäischen Parlaments, außer acht. Unstrittig ist aber, dass die fortschreitende europäische Integration mit weiteren Demokratisierungsschritten einher gehen muss. Dem trägt die Alternativformulierung, welche inhaltlich den zweiten Halbsatz des gestrichenen Satzes wiedergibt, Rechnung.

Antragsbereich Ä/ Antrag 14

Kennnummer 922
Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag W1

Streiche in S. 8, Z. 245:

säkulare Trends
5

Antragsbereich Ä/ **Antrag 15**

Kennnummer 923
Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ersetzen Zeile 292 „Während“ bis Zeile 297 „Zeitraum“:

5 Der demographische Wandel wird auch in Baden-
Württemberg für schwerwiegende Veränderungen unserer
Gesellschaft sorgen: Insgesamt betrachtet wird im
Zeitraum 2008 bis 2030 ein Bevölkerungsrückgang um
voraussichtlich etwa 3,5 Prozent zu verzeichnen sein.
10 Zugleich bewirken interne Wanderungsbewegungen starke
räumliche Schwankungen der Bevölkerungsentwicklung
bezogen auf die einzelnen Kommunen und Landkreise.
Auch die Alterung der Bevölkerung wird räumlich höchst
heterogen ablaufen. Von Kommune zu Kommune sind
andere Rahmenbedingungen zu beachten.
15 Bezogen auf die gesamte Landesbevölkerung wird das
Erwerbspersonenpotenzial während der nächsten 30 Jahre
[...].

Antragsbereich Ä/ **Antrag 16**

Kennnummer 925
Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag W1

S. 9, Z. 304: Füge ein nach „und“:

diese

Antragsbereich Ä/ Antrag 17

Kennnummer 926

Änderungsantrag zum Antrag W1

einfügen nach Zeile 315 „fehlen werden.“:

- Die Wirtschaft in Baden-Württemberg zeichnet sich nicht
 5 zuletzt durch einen starken Mittelstand aus. Er bildet das
 Rückgrat unserer wirtschaftlichen Stärke. Mittelständische
 Betriebe finden sich vor allem auch jenseits von
 Ballungsgebieten in den „ländlichen Räumen“. Von dort
 wanderten jedoch bereits während der letzten Jahre
 10 insbesondere jüngere Menschen im Ausbildungsalter in
 größere Städte ab. Hinzu kommt, dass der Anteil der
 Beschäftigten mit Hochschulabschluss in Ballungsräumen
 bereits heute signifikant höher ist als in den „ländlichen
 Räumen“. Zugleich werden in Zukunft wissensintensive
 15 Wirtschaftsbereiche weiter an Bedeutung gewinnen. Der
 demografische Wandel wird also vor allem auch die
 Wirtschaft in den „ländlichen Räumen“, das heißt vor allem
 viele mittelständische Betriebe, vor große
 Herausforderungen stellen. Eine zentrale Rolle zu deren
 Bewältigung wird der Bildungspolitik zukommen. Diese
 muss sicherstellen, dass Wissen in den ländlichen Raum
 transferiert bzw. dort sicherstellt wird. Hierauf ist nicht
 zuletzt auch bei der Standortwahl der
 Gemeinschaftsschulen zu achten.

Antragsbereich Ä/ Antrag 18

Kennnummer 927

Ortsverein Wyhl

(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ersetze Zeile 340-349 von: „Wir machen... bis zuwenden“
 durch:

- 5 „Wir machen uns aber keine Illusionen, dass die
 Arbeitsmarktreformen auch mit Beteiligung von
 SozialdemokratInnen zu einer weiteren Präkarisierung von

Arbeit, wie z.B. der Missbrauch von Leiharbeit oder die Ausweitung von nicht –sozialversicherungspflichtiger, geringfügiger Beschäftigung, geführt haben. Diese Fehlentwicklungen wollen wir korrigieren und uns mit voller Kraft den kommenden Herausforderungen zuwenden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 19

*Kennnummer 928
Kreisverband Rhein-Neckar*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Füge ein nach S. 11, Z. 395:

5 Baden-Württemberg voranbringen – ein starker Staat für alle Bürgerinnen und Bürger

Baden-Württemberg ist ein reiches Land, die Bürgerinnen und Bürger sind fleißig, solidarisch und wollen gemeinsam viel erreichen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass nur ein starker Staat für alle da sein kann. Dazu gehören motivierte Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, deren Arbeit für unsere Gesellschaft geschätzt wird. Beamtinnen und Beamte sind die Herzkammer unseres Landes. Nur eine starke Beamtenschaft ist in der Lage, die vielfältigen Herausforderungen, die sich aus Globalisierung und demographischem Wandel ergeben, zu meistern.

Wir wissen aber auch: Nicht alle Aufgaben, die der Staat heute wahrnimmt, können auch künftig vom Staat geleistet werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Da das Land kaum Möglichkeiten hat, seine Einnahmen zu erhöhen, und wir keine einseitige Sparpolitik zu Lasten der fleißigen Beamtinnen und Beamten wollen, werden wir andere Wege gehen. Wir werden Baden-Württemberg zu einem fitten, starken Staat machen. Wir wollen keinen „fetten“ Staat, denn dieser beschäftigt sich nur mit sich selbst und kann keine notwendigen Impulse geben. Unser Baden-Württemberg ist da für seine Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb werden wir Aufgaben, die der Staat heute übernimmt, kritisch auf den Prüfstand stellen. Dies sind insbesondere Beteiligungen an landeseigenen Unternehmen, die nicht originäre staatliche Aufgaben

betreffen. Die etwaigen Erträge aus Umstrukturierungen werden wir in den Schuldenabbau investieren, damit den Schuldendienst verringern und somit das strukturelle Defizit nachhaltig senken. Unsere Devise: Bevor wir an der Bildung und der Polizei sparen, schauen wir uns alle anderen Bereiche noch einmal ganz genau an.

Antragsbereich Ä/ Antrag 20

*Kennnummer 929
Kreisverband Mannheim*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 496 – einfügen / verändern

5 ...und *Elektroindustrie* wie auch in der chemisch/pharmazeutischen Industrie wurden durch Tarifverträge Regelungen geschaffen, *welche....*

Begründung:

10 neben der IG Metall hat auch die IG BCE bereits Tarifverträge zu diesem Themenbereich abgeschlossen. Das sollte der Vollständigkeitshalber mit aufgenommen werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 21

*Kennnummer 930
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Einfügen Zeile 501 nach „Wirtschaftsbranche“:

5 „Das Tariftreuegesetz gilt für alle Institutionen, die Gelder aus der öffentlichen Hand bekommen.“

Begründung:

10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 22

*Kennnummer 931
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Korrigiere Zeile 514:

„8,50 Euro“ in „10,00 Euro“

5

Begründung:

Anregung aus einer Kampagnenveranstaltung mit Ver.di, da laut mehreren Studien 8,50 Euro bei Vollbeschäftigung nicht für eine Grundrente ausreichen setzen wir uns für 10,00 Euro ein. Im Zuge unserer Kampagne „Gute Wirtschaft – Soziales Baden-Württemberg“ wollen wir auf unsere GesprächspartnerInnen eingehen. Wir stimmen diesen Bedenken zu und wollen mit den Gewerkschaften für eine gerechte Vergütung kämpfen. Besonders im südbadischen Raum, reicht ein Mindestlohn unter 10,00 Euro nicht einmal für den normalen Lebensunterhalt.

Antragsbereich Ä/ Antrag 23

*Kennnummer 932
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeilen 549f.

Streichen: "Wachsende Leistungsanforderungen ... guter Arbeit."

5

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 24

*Kennnummer 933
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Einfügen Zeile 588 nach „werden“:

- 5 „Unternehmen, die Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss bzw. Hauptschulabschluss ausbilden, sollen spezielle Fördergelder erhalten, wenn diese Auszubildenden ihre Berufsausbildung dort zu Ende bringen.“

10 Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 25

Kennnummer 934

Kreisverband Konstanz

Änderungsantrag zum Antrag W1

- 5 Einfügen nach "Schichtarbeit entgegen.":
"Diesem Trend stellen wir uns auch bei öffentlichen Arbeitgebern entgegen, beispielsweise wenn vermeintlich kundenfreundliche Öffnungszeiten zu Lasten der Beschäftigten durchgesetzt werden sollen."

Begründung:

- 10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 26

Kennnummer 935

Kreisverband Waldshut

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ergänzung nach Zeile 675:

Altersarmut vermeiden – Altersvorsorge für Alle

- 5 I. Altersvorsorge für Selbständige – Gesetzliche Rentenversicherung stärken, zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen

10 Die Formen der Erwerbstätigkeit verändern sich. Häufig wird zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung gewechselt. Dazu kommen die „neuen“ Selbständigen, insbesondere Soloselbständige, deren Einkünfte oftmals gering sind und stark schwanken. Es hat
15 sich gezeigt, dass auch Selbständige von Altersarmut betroffen sind und auf die Solidarität unserer Gesellschaft angewiesen sind. Wir wollen nach unserem Verständnis von gesamtgesellschaftlicher Solidarität alle Selbständige in alle sozialen Sicherungssysteme einbeziehen. Wir
20 wollen dafür sorgen, dass versicherte Selbständige mit ihren Rentenanwartschaften nicht unterhalb der Grundsicherung liegen. Wir streben eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung an.

25 Die Ausgestaltung der Sozialversicherung muss hinsichtlich der Wahl einer **Erwerbsform neutral** sein. Die Lösung des Problems der Beitragsgestaltung Selbständiger in der gesetzlichen Sozialversicherung sollte zwei Ziele
30 vereinen: Zum einen muss die Beitragslast auch für kleine Selbständige erschwinglich sein und existenzsichernd sein. zum anderen muss die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Sozialversicherung gestärkt werden.

35 II. Forderungen:

Wir wollen auch Selbständige **verbindlich in alle sozialen Sicherungssysteme** einbeziehen, dabei wollen wir eine Regelung für alle Formen der Selbständigkeit, unabhängig von der Branche, der Größe des Unternehmens oder der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Alle Selbständigen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Wir streben eine Erwerbstätigenversicherung an, dies ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. In einem ersten Schritt soll für alle Selbständigen die sogenannte Handwerkerregelung eingeführt werden. Das bedeutet, die Selbständigen können sich nach Entrichtung von 216 Monatsbeiträgen auf Antrag von der Versicherungspflicht befreien lassen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 27

*Kennnummer 936
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Füge ein auf Seite 16 in Zeile 691 nach „bleibt“:

5 , denn nur die Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette schützt unseren Standort wirksam vor Abwanderungen und macht ihn attraktiv für Investitionen und Patentanmeldungen.

Begründung:

10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 28

*Kennnummer 937
Kreisverband Mannheim*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 792 – streichen des ersten Satzes und ersetzen durch:

5 Auch in der Gesundheitsindustrie ist Baden-Württemberg mit Standorten weltweit bedeutender Unternehmen führend in Deutschland und die Pharmaindustrie sowie die Medizintechnik sind Wachstumsbranchen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 29

*Kennnummer 938
Juso-Landesverband Baden-Württemberg*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Füge ein Seite 18, Zeile 800:

5 Vor allem im Bereich der noch jungen Biotechnologie ist es dabei wichtig, schnelle relevante Unternehmensgröße aufzubauen, um die Verwertung der Ideen und damit auch die hochqualifizierten Arbeitsplätze dauerhaft in Baden-Württemberg zu halten. Um innovative Produkte und Dienstleistungen im Gesundheitssektor international wettbewerbsfähig anbieten zu können, sind auch schnelle
10 Normierungs-, Standardisierungs- und Prüfstrategienentscheidend. Hier sollte Baden-Württemberg eine aktive Rolle im Bund wie auch in deneinschlägigen nationalen und internationalen

- 15 Organisationen verfolgen. Außerdem sollten die Unikliniken Vorreiter einer solchen Standardisierung sein.

Gegenwärtig leben in Baden-Württemberg rund 225.000 Pflegebedürftige. Diese Zahl wird nach Berechnungen des Statistischen Landesamts bis zum Jahr 2020 auf etwa 300.000 ansteigen. Mit zunehmender Alterung der Gesellschaft steigt auch die Nachfrage nach professioneller Pflege und neuen Pflegeformen. Baden-Württemberg sollte über seine Forschungseinrichtungen in besonderem Maße die Entwicklung von technikgestützter Pflege fördern. Diese kann zu einer erhöhten Lebensqualität der Pflegebedürftigen, zu verbesserten Arbeitsbedingungen für die Pflegefachkräfte und zu einer Entlastung des Landeshaushaltes beitragen.

30 Zudem muss die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für die neuen Technologien geschaffen bzw. erhalten werden. Die Landespolitik sollte sich für einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien einsetzen. Dazu gehört eine adäquate öffentliche Risikokommunikation und eine wissenschaftliche Risikobewertung.

Um den kommenden Engpass in der Pflegebranche abzumildern wird eine Ausbildungsoffensive der Landesregierung gemeinsam mit den Branchenverbänden angestrebt. Darin sollen gezielt junge Menschen angesprochen und über die verschiedenen Pflegeberufe aufgeklärt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 30

Kennnummer 939

Kreisverband Mannheim

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 801 – einfügen:

5 Die Chancen in diesen Bereichen gilt es durch eine fördernde Politik zu nutzen und auszubauen.

- Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine steuerliche

Forschungsförderung ein

- 10 - Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, daß eine bessere Verzahnung zwischen Grundlagenforschung, Anwendungsorientierter Forschung und Umsetzung in Produkte und Produktion unterstützt wird.
- 15 - Als konkrete Themenfelder wären beispielsweise zu nennen die Medizintechnik und die organische Elektronik. Auch die Bio- und Gentechnologie, insbesondere zur Verbesserung der medizinischen Diagnostik und Therapie, gehört in diesen Bereich. Hier existieren in Baden
- 20 Württemberg bereits viele Fähigkeiten, die durch Projekte und Schwerpunkte, z.B. in der Metropolregion Rhein-Neckar mit dem erfolgreichen Bio-Regio Wettbewerb, weiter unterstützt werden müssen.
- 25 **Begründung:**

Die SPD Baden-Württemberg sollte sich in der Wirtschaftspolitik möglich breit aufstellen. Neben den in diesem Kapitel bereits aufgeführten, konkreten Beispielen sollten weitere, aus anderen wichtigen Forschungs- und Industriebereichen dargelegt werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 31

*Kennnummer 940
Kreisverband Rhein-Neckar*

Änderungsantrag zum Antrag W1

S. 18, Z. 824:

Ersetze „macht“ durch „ergibt“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 32

*Kennnummer 941
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Füge ein auf Seite 20 in Zeile 891:

Diese kann durch die Einführung von Steuergutschriften

- 5 („tax credits“) auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben umgesetzt werden. Die steuerliche Förderung soll zusätzlich zur Projektförderung erfolgen.

Begründung:

10

Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 33

Kennnummer 942

Kreisverband Mannheim

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 902 – einfügen

- 5 Dazu gehört auch, dass wir uns bundespolitisch dafür einsetzen, dass die Reformen um den Gründungszuschuss aus dem Jahr 2011 zurückgenommen werden. Der Gründungszuschuss, der die Gründung von Unternehmen durch Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld I (ALG I) unterstützt, gilt unter Arbeitsmarktforscherinnen und Arbeitsmarktforschern als einer der erfolgreichsten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Überlebenswahrscheinlichkeit der neugegründeten Unternehmen ist überdurchschnittlich hoch. Häufig schaffen die Gründerinnen und Gründer sogar weitere
- 10 Arbeitsplätze.
- 15

Begründung:

- 20 Trotz der Erfolge fiel der Gründungszuschuss 2011 den Sparmaßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung zum Opfer. Die Umwandlung von einer Pflicht- zur Ermessensleistung mit den verbundenen Sparauflagen, kommt einer faktischen Abschaffung gleich. Dies hat dazu geführt, dass kaum noch Arbeitslose durch den Gründungszuschuss gefördert werden und ihre Arbeitslosigkeit selbst beenden können.

Antragsbereich Ä/ Antrag 34

Kennnummer 943

Kreisverband Mannheim

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 964 – einfügen

Bei den Aktionspunkten einfügen:

5

Als besonders geeignetes Programm für die Reintegration von Frauen in den Arbeitsmarkt haben sich die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ erwiesen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, die Anzahl der Kontaktstellen in Baden-Württemberg deutlich zu erhöhen

10

Begründung:

15 Die Kontaktstellen Frau und Beruf haben eine Brückenfunktion zwischen den Frauen und der Wirtschaft und sind mit dem Ziel eingerichtet worden, Frauen dabei zu unterstützen ein existenzsicherndes Einkommen zu erwerben. Ebenso haben sie das Ziel die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern zu verbessern. Die Kontaktstellen geben beispielsweise Frauen, die nach jahrelanger Erziehungs- und Sorgearbeit wieder in den Beruf zurückkehren, Perspektiven und bieten Möglichkeiten zur (Weiter-) Qualifizierung. Der Ausbau des Programms kommt insbesondere Frauen im ländlichen Raum zu Gute, da die bisherigen Kontaktstellen alle in größeren Städten liegen. Uns geht es dabei nicht nur darum, dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, sondern wollen Frauen dabei unterstützen ein existenzsicherndes eigenes Einkommen zu erwerben.

Antragsbereich Ä/ Antrag 35

Kennnummer 944

Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag W1

S. 21, Z. 992:

5 Ersetze „Die wirtschaftlichen Potentiale“ durch „Das wirtschaftliche Potential“

Antragsbereich Ä/ Antrag 36

Kennnummer 945
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ersetze Zeile 1027 - 1032: „Hierfür... bis zu erwerben“
durch:

- 5 „Eine berufliche Ausbildung ist unserer Meinung nach
qualitativ höher anzusiedeln und ermöglicht die
Weiterbildung an einer Universität.“

Begründung:

- 10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 37

Kennnummer 946
Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag W1

S. 23, Z 1071:

Streiche „die“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 38

Kennnummer 947
Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag W1

S. 23, Z. 1074:

Streiche „n“ in „altersgerecht“

5

Antragsbereich Ä/ Antrag 39

Kennnummer 948
Kreisverband Rhein-Neckar

Änderungsantrag zum Antrag W1

S. 24, Z 1120:

Streiche „mit multiplen Vermittlungshemmnissen“

5

Antragsbereich Ä/ **Antrag 40**

Kennnummer 949
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag W1

Einfügen Zeile 1136 nach „Jobcentern“:

„ und kommunalen Beschäftigungsgesellschaften“

5

Begründung:

Erfolgt mündlich

10

Antragsbereich Ä/ **Antrag 41**

Kennnummer 950
Kreisverband Mannheim

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 1225 – einfügen

5 Streichen: ...*Hand bleibt* und die eigentliche Kernaufgabe,
die Finanzierung der Wirtschaft, verantwortungsbewusst
wahrnimmt.

10 Ersetzen durch: ...*Hand bleibt*, der Realwirtschaft
insbesondere bei großen Finanzierungsvorhaben des
Mittelstands dient und als Zentralbank für die Sparkassen
fungiert.

Begründung:

- 15 Präzisierende Formulierung zur Klarstellung und Betonung der klassischen Kernaufgaben von Landesbanken im Gegensatz zu deren Geschäftsgebaren in vergangenen Jahren.

Antragsbereich Ä/ Antrag 42

*Kennnummer 951
Kreisverband Mannheim*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Zeile 1234 – einfügen

- 5 Streichen: ~~Diese darf durch eine europäische Einlagensicherung nicht gefährdet werden.~~

- 10 Ersetzen durch: Die Schaffung einer Bankenunion und von EU-weiten Mechanismen zur Bewältigung von Bankenrisiken darf nicht auf Kosten langjährig bewährter und stabiler Sicherungssysteme, wie z.B. der Institutssicherung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, gehen.

Begründung:

- 15 Die regionale Dezentralität von Genossenschaftsbanken und Sparkassen wird als solche nicht durch eine europäische Einlagensicherung gefährdet. Hingegen würde ein einheitlicher europäischer Einlagensicherungsfonds als
- 20 Teil der vom zuständigen EU-Kommissar Michel Barnier geforderten Bankenunion sehr wohl die internen Sicherungssysteme der Genossenschaftsbanken und Sparkassen gefährden. Dem muss bei Ausgestaltung der an sich wünschenswerten Bankenunion und der Fortentwicklung des europäischen Einlagensicherungsregimes Rechnung getragen werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 43

*Kennnummer 952
Kreisverband Karlsruhe Stadt*

Änderungsantrag zum Antrag W1

Ersetze das Kapitel „Moderne Infrastruktur“ auf den Seiten 26-27, Zeilen 1254 – 1315 durch folgende Neufassung:

5 **Moderne Infrastruktur**

„Versorgungssicherheit auf dem Energiesektor ist eine zentrale Bedingung für den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Die Landesregierung hat daher einen
10 Masterplan entwickelt, nachdem bis 2020 38% und bis 2050 78% des Energieverbrauchs im Land mit Erneuerbaren Energien erfolgen und der Energieverbrauch um 19% bis zum Jahr 2020 bzw. 49% bis zum Jahr 2050 reduziert werden soll. Dadurch würde es (bezogen auf das
15 Jahr 1990) gelingen, den CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 um 25% und bis zum Jahr 2050 um 90% zu senken. Dazu bauen wir Hindernisse im Planungsrecht ab und ersetzen die wegfallende Atomenergie durch mehr Energieeffizienz und die
20 Steigerung der Anteile an Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Wir investieren in Forschung und Entwicklung von Speichermedien bzw. Technologien zur Umwandlung von Strom zu Gas. Auch durch den Ausbau der Elektromobilität wird ein Teil der
25 notwendigen Speicherkapazität geschaffen. Durch diese Verbindung von Erneuerbaren Energien und Elektromobilität macht die E-Mobilität überhaupt erst Sinn, denn so kommt der erforderliche Strom aus CO₂-neutralen Energien.

30 Der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchung zufolge ist zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit neben den derzeit in Bau befindlichen neuen Kohlekraftwerksblöcke in Karlsruhe und
35 Mannheim zum Ersatz der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg sowie nicht mehr wirtschaftlicher fossiler Kraftwerke bis zum Jahr 2020 ein Zubau von rund 1000 MW erforderlich. Dieser soll im Wesentlichen durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erfolgen, davon etwa die Hälfte
40 im Rahmen kleiner KWK-Anlagen von weniger als 20 MW. Um dies zu erreichen, sind die Rahmenbedingungen für den KWK-Ausbau deutlich zu verbessern. Dazu gehört insbesondere, die Förderung zum Bau von Wärmespeichern deutlich zu verbessern und Anreize zum
45 stromgeführten Betrieb dieser Anlagen bzw. deren Zusammenschluss zu sog. „virtuellen Kraftwerken“ zu schaffen.

50 Bis dieser Ausbau erreicht ist, müssen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit auch nicht mehr wirtschaftliche

fossile Kraftwerksblöcke in dem notwendigen Maß als Reserve für Zeiten mit hohem Strombedarf und geringer Einspeisung durch Wind und Sonne in Bereitschaft gehalten werden. Der rechtliche Rahmen dafür ist dabei so
55 auszugestalten, dass wie im vergangenen Winter in erster Linie auf vertragliche Ebene Reservekapazitäten zu sichern sind. Erst wenn dies nicht gelingt, kann ein Notgesetz greifen, das Betreiber zwingen kann, ihr Kraftwerk gegen ihren Willen einsatzbereit zu halten. Um höhere
60 Strompreise zu vermeiden, ist das Notgesetz dabei so auszugestalten, dass diese Kraftwerke weiterhin am Marktgeschehen teilnehmen und die betroffenen Unternehmen nur für den mit dem weiteren Kraftwerksbetrieb tatsächlich verbundenen Verlust eine
65 Entschädigung bekommen.

Langfristig ist zudem die Schaffung eines Kapazitätsmarkts notwendig. Dadurch sollen Anreize für den Bau neuer hocheffizienter und flexibel einsetzbarer Gaskraftwerke und
70 Energiespeicher gesetzt werden, um die alten unwirtschaftlichen und klimaschädlichen fossilen Kraftwerke in Baden-Württemberg endgültig vom Netz nehmen zu können. Durch das vorgeschlagene Auktionierungsmodell sollen die Kosten für die
75 Allgemeinheit möglichst gering gehalten werden.

Die notwendige Energiewende bringt also wichtige Innovationspotentiale durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und stärkt vor allem die regionale
80 Wertschöpfung im Handwerk und schafft weitere Produktionsbereiche, vor allem bei Windkraft, Solarenergie, aber auch bei den Speichertechnologien.

Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energieerzeugung.
85 Aber auch Baden-Württemberg ist keine Insel. Daher bekennen wir uns auch zu der Notwendigkeit von Zubau und Ertüchtigung der Netzinfrastruktur für Strom und Gas. Wir unterstützen die Forderung nach Gründung einer „Deutschland-Netz-AG“ mit entscheidender staatlicher
90 Beteiligung, damit die Modernisierung der Stromnetze zeitnah vorangeht. Und wir brauchen intelligente Netze, mit denen sich Stromfluss steuern und damit die erforderliche Bereitstellung von Regelleistung reduzieren lässt.

95 Die Energiewende bietet unserer Wirtschaft, den Stadtwerken, der EnBW, aber auch vielen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit diese aktiv mit zu gestalten und voranzutreiben. Baden-Württemberg muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, insbesondere indem der durch
100 die restriktive Regelung der Vorgängerregierung

entstandene Investitionsstau an Windenergie aufgeholt wird. Dies sichert und schafft Arbeitsplätze vor Ort.

Es muss sichergestellt werden, dass energieintensive
105 Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren.
Gleichzeitig ist aber nicht hinnehmbar, dass es durch die -
auf Grund des erfolgreichen Ausbaus der Erneuerbaren
Energien – gesunkenen Preise an der Strombörse zu
Mitnahmeeffekten bei diesen Unternehmen kommt, die von
110 den anderen Stromkunden durch eine höhere EEG-Umlage
bezahlt werden müssen. Wir wollen daher die Ausnahmen
für die energieintensiven Unternehmen bei der EEG-
Umlage, den Netznutzungsentgelten und der Stromsteuer
mit dem Ziel reformieren, diese Ausnahmen auf das für die
Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer
Wirtschaft notwendige Maß zu beschränken. Gleichzeitig
aber auch energieintensive mittelständische Unternehmen,
die im internationalen Wettbewerb stehen, ebenso von
diesen Ausnahmen wie die Großindustrie profitieren
können.“

Begründung:

Absatz 1: Es fehlt bei dem Konzept der Landesregierung der zentrale Bereich Energieeffizienz. Zudem sind die dort stehenden Zahlen auch nicht ganz korrekt.

Absätze 2, 3 und 4: Zu dem Thema Versorgungssicherheit fehlt zum einen das ganz zentrale Thema Kraft-Wärme-Kopplung, ebenso aber auch die kurzfristig aufzubauenden Reserveleistungen und die mittelfristig notwendige Schaffung von Kapazitätsmärkten zum Ausgleich der fluktuierenden erneuerbaren Energien aus Sonne und Wind.

Absatz 5: Hauptprofiteur der Energiewende auf dem Arbeitsmarkt wird das regionale Handwerk sein. Die Aufzählung ist daher entsprechend zu ergänzen.

Absatz 6: Zum einen ist hier neben dem Stromnetz auch das Gasnetz auszubauen. Zum anderen ist der Begriff „Grundlast“ nicht richtig, da das künftige Stromnetz im Wesentlichen von fluktuierenden erneuerbaren Energien (und deren Ausgleich durch Spitzenlastkraftwerke) geprägt sein wird. Grundlastkraftwerke werden (mit Ausnahme der Laufwasserkraft) daher künftig in der Stromversorgung immer weniger eine Rolle spielen.

Absatz 7: In der Aufzählung fehlen vor allem die Bürgerinnen und Bürger, die (z.B. über Beteiligungsformen

wie Bürgergenossenschaften) ebenfalls wichtige Akteure bei der Energiewende sein sollen.

Absatz 8: Dieser Absatz steht im Widerspruch zu der (ebenfalls von der Antragskommission zur Annahme empfohlenen) Passage im Antrag EUV1 des OV Denzlingen zu diesem Thema. Die in beiden Anträgen jeweils richtigerweise angesprochenen Ziele müssen daher sinnvoll zusammengeführt werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 44

*Kennnummer 953
Kreisverband Tübingen*

Änderungsantrag zum Antrag W1

einfügen nach Zeile 1298 „erhalten bleibt.“:

5 Dabei wird es eine zentrale landespolitische Herausforderung darstellen, ein kommunales Finanzsystem zu entwickeln, welches den Kommunen auch in Zeiten des demografischen Wandels genügend Handlungsspielräume eröffnet, um leistungsfähige Infrastrukturen zur Verfügung stellen zu können. Denn dies
10 ist Grundvoraussetzung dafür, dass junge, gut ausgebildete Menschen nicht in Ballungsräume abwandern, sondern vor Ort als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt der kommunale Finanzausgleich, der bislang überproportional stark auf Einwohnerzahlen abstellt, wird in seiner Struktur zu überprüfen sein.

Antragsbereich Ä/ Antrag 45

*Kennnummer 954
ASG Baden-Württemberg*

Änderungsantrag zum Antrag AS7

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste

Der Koalitionsvertrag beinhaltet das Ziel, „die Entwicklung des psychiatrischen Hilfesystems so zu gestalten, dass ein verlässliches ... System der komplementären, ambulanten,

10 teilstationären und stationären Versorgung entsteht“. Er hebt dabei die zentrale Bedeutung der Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) hervor. Deren Finanzierung wurde durch die Vorgängerregierung erheblich zurückgefahren. Für 2012 wurden deshalb 2 Mio € zusätzlich als Fördermittel bewilligt.

15 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass langfristig im Rahmen des geplanten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (PsychKG) eine verlässliche und solide Finanzierung der SpDi und der mit dem PsychKG verbundenen Aufgaben gesichert wird. Die dafür benötigten Finanzmittel sind im Sozialhaushalt zusätzlich zu finanzieren.

Antragsbereich Ä/ Antrag 46

*Kennnummer 955
Ortsverein Wyhl
(Kreisverband Emmendingen)*

Änderungsantrag zum Antrag EUV1

Streiche Zeile 174 – 189 „Bis zum Aufbau... bis zu gefährden“.

5 Begründung:

Wir wollen eine saubere Energie, fern ab von Atomkraft oder Kohle.

Antragsbereich Ä/ Antrag 47

*Kennnummer 956
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag EUV1

Nach Zeile 242

5 Einfügen: "Die Erschließung von Erdgasvorkommen durch Fracking lehnen wir ab, da die Risiken der Technologie nicht abschätzbar sind."

Begründung:

Diese Einfügung dient der Klarstellung, dass Fracking kein

10 zulässiges Instrument ist, um die Gasversorgung im Land zu sichern.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 48***

Kennnummer 957

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag IR1

Füge ein in Zeile 10:

5 - Absenkung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 16 Jahre

Begründung:

10 Erfolgt mündlich

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 49***

Kennnummer 960

Ortsverein Wyhl

(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag IR15

Ersetze immer „Extremismus“ durch „Rechtsextremismus“

5 Zeilen: Überschrift, 29, 35, 45, 256, 262, 273, 277

Begründung:

10 Erfolgt mündlich

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 50***

Kennnummer 961

Ortsverein Wyhl

(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag IR16

Ersetze immer „Extremismus“ durch „Rechtsextremismus“

Zeilen: Überschrift, 29, 35, 45, 256, 262, 273, 277

5

Begründung:

Erfolgt mündlich

10

Antragsbereich Ä/ Antrag 51

Kennnummer 962

Kreisverband Freiburg

Änderungsantrag zum Antrag IR24

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Antrag IR 24 KV MA wird wie folgt geändert:

5

Wir fordern die Landesregierung – vor allem das Innenministerium – auf, für Angehörige der ethnischen Minderheit der Roma und der Aschkali aus den Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, Makedonien und Serbien, sowie der ägyptischen Minderheiten über eine gruppenbezogene Bleiberechtsregelung oder eine vergleichbare Regelung eine sichere und dauerhafte Aufenthaltsperspektive zu schaffen.

15

Begründung:

Roma sind als ethnische Gruppe heute europaweit Zielscheibe von Entrechtung und Gewalt. Auf dem Balkan sind Roma heute nicht nur im Kosovo, sondern auch in Bosnien-Herzegowina, Makedonien und Serbien systematischer Diskriminierung und der Verweigerung elementarer Lebensgrundlagen durch fehlende Zugänge zu Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und Gesundheitsdiensten ausgesetzt. Manche Länder - darunter Serbien und Mazedonien - haben bspw. per Gesetz eine Schlechterstellung von Personen verfügt, die in einem anderen Land einen Asylantrag gestellt haben.

30

Die unterschiedliche, ausländerrechtliche Behandlung von Romaflüchtlingen aus dem Kosovo und den anderen Balkanstaaten wird der heutigen Situation nicht mehr

gerecht und muss aufgegeben werden.

Die vorgeschlagene gruppenbezogene Bleiberechtigkeitsperspektive für Roma-Flüchtlinge unabhängig von der Aufenthaltsdauer und den Umständen der Einreise leistet einen Beitrag zu einer europäischen Romapolitik, die auf Integration statt auf Ausgrenzung setzt und damit einen bedeutenden Beitrag für eine verlässliche, an humanitären Maßstäben ausgerichtete gesamteuropäische Romapolitik leistet.

Antragsbereich Ä/ Antrag 52

Kennnummer 963

Ortsverein Wyhl

(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag I1

Ersetze Zeile 130 bis Zeile 132 „Wir wollen... bis einführen“ durch:

- 5 „Wir setzen uns weiterhin für die Kindergartenpflicht ab dem 3. Lebensjahr ein.“

Begründung:

- 10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 53

Kennnummer 964

Ortsverein Wyhl

(Kreisverband Emmendingen)

Änderungsantrag zum Antrag I1

Ersetze Zeile 136 „für einen schrittweisen Ausbau der Gebührenfreiheit“ durch:

- 5 „mittel- und langfristig für die komplette Gebührenfreiheit“

Begründung:

10 Erfolgt mündlich

Antragsbereich Ini/ **Antrag 1**

Kennnummer 907
Landesvorstand

Initiativantrag: Stärkung der Bildung auf solider Grundlage

Stärkung der Bildung auf solider Grundlage

Wir unterstützen den Kurs der Landesregierung, den
5 Bildungsaufbruch Schritt für Schritt auf solider finanzieller
Grundlage zu verwirklichen. Auf diesem Weg haben wir
bereits wichtige Erfolge erzielt, vom "Pakt für Familien mit
Kindern" (Verdreifachung der Mittel für die
Kleinkindbetreuung) über die Einführung der
10 Gemeinschaftsschule, die Abschaffung der verbindlichen
Grundschulempfehlung, den Ausbau der Sprachförderung
und die Finanzierung der Schulsozialarbeit bis hin zur
Abschaffung der Studiengebühren. Angesichts des
Schuldenberges, den Schwarz-Gelb im Land hinterlassen
15 hat, gilt es - vor allem auch im Interesse unserer Kinder
und Enkel - beides zu schaffen: Gute Bildung für alle und
finanzielle Handlungsspielräume in der Zukunft.

Unser Ziel bleibt dabei: Bis 2020 wollen wir in Baden-
20 Württemberg eine Bildungs- und Betreuungsgarantie vom
ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag verwirklichen.
Das heißt: Die Familien im Land können sich darauf
verlassen, dass ihre Kinder ganztägige Bildungsangebote
erhalten.

25

Begründung:

Bis 2020 prognostiziert das Statistische Landesamt einen
Rückgang der Schülerzahlen um bis zu 190.000 Schüler.
30 Gleichzeitig klafft derzeit im Landeshaushalt Jahr für Jahr
ein Loch von 2,5 Milliarden Euro zwischen Einnahmen und
unseren Ausgaben. Dieses Loch muss geschlossen
werden, um unseren Kindern und Enkeln nicht noch
größere Lasten aufzubürden.

35

Da über 40 Prozent der Ausgaben des Landes für
Personalkosten aufgewendet werden, kann dieser Bereich
nicht außen vor bleiben. Allein rund die Hälfte der
Personalkosten des Landes entfällt auf das

- 40 Kultusministerium. Hier fließen fast 90 Prozent des Etats in den Personalbereich. Auf Grund des Schülerrückgangs könnten rechnerisch etwa 14.500 Lehrerdeputate wegfallen.

Dennoch setzt die Landesregierung den Bildungsaufbruch um und belässt einen Teil der so genannten demografischen Rendite im System, insgesamt rund 3000 Deputate. Sie stehen bereits ab diesem Schuljahr für Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung zur Verfügung. So wird der Klassenteiler gesichert und das Schüler-Lehrer-Verhältnis bis 2020 trotz des geplanten Wegfalls von 11.600 Deputaten sogar von 15,1 (2010/11) auf 13,8 (2020/21) gesenkt.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 54***

*Kennnummer 965
AfB Baden-Württemberg*

Änderungsantrag zum Antrag K1

Neuformulierung Antragsbereich K/ Antrag 1

Kennnummer 758

5

AfB Baden-Württemberg

Stärkung der Bildung

- 10 Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD fordert von der Landesregierung einen Investitionsschub, um die im Wahlprogramm 2011 angekündigte neue Bildungspolitik – insbesondere für die Inklusion an Schulen, den Ausbau der Ganztagschulen und die Umsetzung der
- 15 Gemeinschaftsschule – auf den Weg zu bringen.

Wir fordern eine sofortige Analyse und Evaluation der bestehenden Bildungsausgaben und der Lehrerversorgung in den einzelnen Teilregionen

20

des Landes sowie eine realistische Erfassung der Kosten für die einzelnen Maßnahmen der Bildungsinnovationen.

- 25 Erst nach Vorliegen dieser Detailinformationen darf über eine Streichung

von Lehrerstellen aufgrund der sogenannten

„demographischen Rendite“ entschieden

30 **Begründung:**

Der Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg ist **das** Schwerpunktthema der SPD, war Leitthema im Wahlkampf 2011 und wird auch bei der Wahl 2016

35

das zentrale Thema sein, an dem sich die SPD messen lassen muss.

40 Ziel des Bildungsaufbruchs ist es, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, indem der Zugang zu Bildungseinrichtungen unabhängig vom Geldbeutel oder sozialen Status der Eltern ermöglicht wird.

45 Ohne ein Baden-Württembergisches Investitionsprogramm – insbesondere für die Inklusion an Schulen, den Ausbau der Ganztagschulen und die Umsetzung der Gemeinschaftsschule – können wichtige Ziele der Grün-Roten Regierung in der Bildungspolitik nicht erreicht werden.

50

55 Das Bildungskonzept der Landesregierung muss weit reichende Reformziele für Baden- Württemberg erfüllen, die alle Altersgruppen umfassen: Vom Elementarbereich bis zur Weiterbildung. Deshalb wären Einsparungen der Landesregierung im Bildungsbereich ein kontraproduktiver Ansatz und gefährden das eigentliche Ziel einer weitgehenden Demokratisierung.

60 Insbesondere muss die vorgesehene Streichung der 11.600 Lehrerstellen durch die Landesregierung zurückgenommen werden, weil die landesweite Betrachtung der Lehrerversorgung nicht genügt.

Wenn in BW auf eine Lehrkraft 14,2 Schülerinnen und Schüler (SuS) kommen, hat dieser Mittelwert keine wirkliche Relevanz. Es gibt z.B. in Nordbaden einige Schulen, an denen die Klassenstärken 25 bis 30 SuS betragen, d.h. an anderen Schulen muss es Klassen mit deutlich weniger als 14 SuS geben. Die Existenz von rund 1.700 Kleinklassen ist bislang bekannt. Um eine bessere Unterrichtsversorgung zu gewährleisten und den Ausbau der Ganztageschulen voranzutreiben, fordern wir eine sofortige Analyse und Evaluation der bestehenden Bildungsausgaben und eine realistische Erfassung der Kosten für die einzelnen Maßnahmen der Bildungsinnovationen.

Über eine Streichung von Lehrerstellen aufgrund der sogenannten „demografischen Rendite“ darf erst nach Vorliegen dieser Detailinformationen entschieden werden.

*Antragsbereich K/ **Antrag 8***

*Kennnummer 908
Ortsverein Neckarelz
(Kreisverb. Neckar Odenwald)*

Abschaffung des endgültigen Nicht-Bestehens von Abschlussprüfungen

OV Neckarelz

5 Abschaffung des endgültigen Nicht-Bestehens von Abschlussprüfungen

- Wir setzen uns für die Abschaffung des sogenannten „endgültigen Nicht-Bestehens“ von Bildungs- und Berufsabschlüssen ein.
- Wir wollen im Interesse der Vision von lebenslangem Lernen und unbegrenzten Aufstiegschancen, dass niemand auf Lebzeit von Bildungs- und Berufsabschlüssen ausgeschlossen wird, auch nicht nach mehrfach gescheiterten Prüfungsversuchen. Viel mehr sehen wir in überschaubaren Sperrfristen vor weiteren – eventuell selbst finanzierten – Prüfungsversuchen eine denkbare Alternative.
- Insbesondere in Bezug auf Hauptschulabschlüsse halten wir den gegenwärtigen Zustand auch mit Blick auf den politischen Auftrag des Grundgesetzes („Recht auf Bildung“) für inakzeptabel und fordern unverzügliches politisches Handeln.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 55***

*Kennnummer 966
Kreisverband Tübingen*

Änderungsantrag zum Antrag LR1

Streichen Zeile 5 „im Frühjahr 2014“

Ersetzen Zeile 7 „eigene“ bis Zeile 10 „veranstalten“:

5

Fachkonferenz zu den vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels durchführen. Dabei werden auf der Grundlage der Studie des Instituts für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart, welche dieses für das Ministerium Ländlicher Raum erarbeitete, auch die Herausforderungen für den „ländlichen Raum“ zu erörtern sein. Beispielsweise sollen die Zukunft des kommunalen Finanzsystems sowie der kommunal- und raumordnungsrechtlichen Strukturen diskutiert werden.

10

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 56***

Kennnummer 967

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Änderungsantrag zum Antrag WFK2

Adressat: Landtagsfraktion

Ersetze den Antragstext durch folgende Neufassung:

5

Eine aktuelle Studienabbrecherquote von durchschnittlich 35% im Bachelorstudium (HIS, 2012) ist volkswirtschaftlich sowie für die individuelle Bildungsbiographie nicht hinnehmbar. Studierende mit unterschiedlichsten Eingangsvoraussetzungen müssen die gleiche Chance auf einen erfolgreichen Studienabschluss erhalten. Nur so ist das Recht auf Bildung tatsächlich umsetzbar. Wir fordern deshalb, dass jede Hochschule nach erfolgter Zulassung gemeinsam mit den Studierenden Bildungsbedarfsanalysen durchführt. Nur auf Basis solcher tragfähiger Analysen kann der Unterstützungsbedarf jedes/r Studierenden im jeweiligen Studienfach ermittelt werden.

10

15

20 Begründung:

Noch ist das deutsche Hochschulsystem ausgerichtet an der/dem „Normalstudierenden“ (Hanft & Knust, 2007): Diese/r ist Abiturient/in, jung, ledig, kinderlos und nicht erwerbstätig. Dies trifft jedoch immer weniger auf Studierende zu: Die heutige Studierendenschaft ist durch

25

zunehmende Heterogenität der Lebensformen sowie Bildungshintergründe geprägt.

- 30 Die mangelnde Anpassung der Hochschulen an diese
veränderten Voraussetzungen stellt eine bedeutende
Ursache für die aktuelle Abbrecherquote von
durchschnittlich 35% im Bachelorstudium (HIS, 2012) dar.
Dies ist volkswirtschaftlich sowie für die individuelle
35 Bildungsbiographie nicht hinnehmbar.

Ziel einer erfolgreichen Hochschulpolitik muss es sein,
Voraussetzungen an den Hochschulen zu schaffen, welche
es den Studierenden ermöglichen, ihr Recht auf Bildung
40 tatsächlich wahrnehmen zu können. Dies bedeutet, die
Wahrscheinlichkeit für den erfolgreichen Abschluss eines
Studiums zu erhöhen und gleichzeitig die Abbruchquote zu
senken.

- 45 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Hochschulen die
bisher nicht ausreichend wahrgenommene Heterogenität
zunächst erkennen und schließlich angemessen darauf
reagieren.

- 50 Ansätze hierzu bestehen bereits im Rahmen des MWK-
Programms „Studienmodelle individueller
Geschwindigkeit“. Zudem hat die Landesregierung in ihrem
Koalitionsvertrag beschlossen, die Abbrecherquote
„insbesondere durch innovative Konzepte zur Gestaltung
55 der Studieneingangsphase“ (S. 14) zu senken.

Die Arbeitsgruppe Hochschulpolitik fordert – als eine
konkrete Umsetzung dieses Vorhabens – an jeder
Hochschule systematische und valide hochschulweite
60 Analysen des individuellen studentischen
Unterstützungsbedarfs in der Studieneingangsphase.

Ziel der Analysen ist es, die Heterogenität transparent zu
machen:

- 65 Lehrpersonen und Hochschulleitungen erhielten einen
validen Überblick über den Unterstützungsbedarf ihrer
Studierenden. Lehr- und Unterstützungsangebote könnten
so bestmöglich auf die Studierendenschaft angepasst
70 werden – die Studierenden würden optimal gefördert.

Den Studierenden würde durch solche
Bildungsbedarfsanalysen eine realistische
Selbsteinschätzung bezüglich des eigenen Wissens und
75 Könnens rechtzeitig vor den Prüfungen ermöglicht.
Außerdem würde durch Bildungsbedarfsanalysen eine

tiefgreifende Orientierung hinsichtlich spezifischer Anforderungen im Studium bereitgestellt. Diese Orientierungsfunktion ist nicht zu unterschätzen: Vielen Studierenden entgeht die Chance, ihr Studium erfolgreich zu absolvieren, aufgrund einer fehlerhaften Selbsteinschätzung oder mangelnder Informationen hinsichtlich des Niveaus und Arbeitsaufwandes für ein Studium (HIS, 2010).

Bildungsbedarfsanalysen sollten an den einzelnen Hochschulen nach erfolgter Zulassung durchgeführt werden. Der Datenschutz würde jederzeit gewahrt.

Die Qualitätssicherungsmittel schaffen eine Finanzierungsgrundlage von Unterstützungsmaßnahmen für Studierende. Diese Mittel könnten auf Basis von Bildungsbedarfsanalysen zielgerichteter eingesetzt werden.

Die Arbeitsgruppe Hochschulpolitik setzt sich für einen durchlässigen Zugang zur tertiären Bildung ein und fordert eine Ausstattung der Hochschulen, welche diese Durchlässigkeit erst tatsächlich umsetzbar macht. Sie arbeitet für ein Hochschulsystem, welches bestmögliche Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertige Forschung und Lehre zur Verfügung stellt.

Antragsbereich Ä/ Antrag 57

*Kennnummer 972
Kreisverband Rottweil*

Änderungsantrag zum Antrag Ä1

Der Landesparteitag möge beschließen, den vom Landesvorstand eingebrachten Antrag PO 1, „Statutenänderung zur Aufstellung der Kommunalwahllisten“, um folgenden Satz zu ergänzen:

„Steht für einen Listenplatz keine Bewerberin bzw. kein Bewerber des Geschlechts zur Verfügung, das diesen Listenplatz beanspruchen darf, so wird dieser für alle Bewerberinnen und Bewerber freigegeben.“

Begründung:

Die Antragsteller halten den vom Landesvorstand gestellten Antrag für richtig und unterstützen ihn ausdrücklich. Er dokumentiert in ihren Augen den

unbedingten Willen der SPD, den Anteil von Frauen in Kommunalparlamenten zu erhöhen. Die Antragsteller wollen jedoch sicherstellen, dass Bewerber/innen in der
20 Wahl, für welchen Listenplatz innerhalb ihrer Geschlechtergruppe sie sich bewerben wollen, frei bleiben. Der Antrag nimmt damit die vielfältigen Erfahrungen aus Kommunalwahlen auf, bei denen Bewerber/innen ihre Kandidatur von einem Listenplatz im hinteren Bereich der
25 Kommunalwahlliste abhängig machen.

Die Antragsteller sehen den Antrag des SPD-Landesvorstands in erster Linie als politische Willensbekundung, wohl wissend, dass die Einführung
30 eines Reißverschlussverfahrens bei Kommunalwahllisten vor dem Hintergrund der Besonderheiten des baden-württembergischen Kommunalwahlrechts, voraussichtlich alleine nicht den gewünschten Erfolg bringen wird. Aus diesem Grund ermutigen die Antragsteller die Landesverbände von SPD und SGK ausdrücklich, in den kommenden Jahren fundierte Erkenntnisse zu gewinnen, welche Rahmenbedingungen und Maßnahmen die Erhöhung des Frauenanteils in Kommunalparlamenten begünstigen würden. Von SPD und SGK initiierte Forschungsprojekte zu diesem Thema würden die Antragsteller ausdrücklich begrüßen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 58

Kennnummer 969

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag PO2

Ersetze den vollständigen Antragstext durch:

Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg fordert,
5 den/die Kanzlerkandidaten/in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch einen Mitgliederentscheid zu bestimmen, wenn mehr als eine Bewerbung vorliegt. Bewerbungen müssen entweder vom Parteivorstand oder mindestens von einem SPD-Bezirk bzw. SPD-
10 Landesverband unterstützt werden.

Begründung:

Mit der geforderten Mindest-Unterstützung können
15 "Spaßkandidaturen" verhindert werden. Ein Mitgliederentscheid macht darüber hinaus nur dann Sinn,

wenn mehr als eine Bewerbung vorliegt.

Antragsbereich Ä/ Antrag 59

Kennnummer 970

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag PO11

Zeile 6

Einfügen nach "MinisterialdirektorInnen, ": "SPD-Mitglieder
des Europäischen Parlaments, "

5

Begründung:

Es gibt keinen Grund, die Mitglieder des Europäischen
Parlaments hier anders zu behandeln.

Korrektur Antragsbuch S 26

IR / Antrag 26 Kennnummer 746

Antragsteller: OV Weinheim

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Eigendruck SPD-Landesverband